

FORUM

## Reichtum verpflichtet

**Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage. Deshalb müssen die Vermögenden auch mehr Steuern zahlen**

Die Gewerkschaft ver.di hat zusammen mit Sozialverbänden und Nichtregierungsorganisationen eine Debatte über neue Reichensteuern angestoßen. In Zeiten hoher Staatsschulden will ver.di Reiche stärker besteuern, um die öffentliche Armut zu lindern. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer Vermögensabgabe.

Neben Zustimmung gibt es auch Kritik. Die Gewerkschaften würden über das Ziel hinausschießen, schrieb auch diese Zeitung. Eine Vermögensabgabe schröpe in Wirklichkeit nicht die Reichen, sondern den Mittelstand. So würden Leistungsträger bestraft und die Wirtschaft beschädigt. Was ist dran an dieser Kritik?

Reichtum war hierzulande lange Zeit Terra incognita. In den vergangenen Jahren brachte die Wissenschaft mehr Licht ins Dunkel. Heute wissen wir, dass der private Reichtum so groß ist wie nie zuvor. Das Nettovermögen - Geld-, Sach- und Immobilienvermögen abzüglich Verbindlichkeiten - umfasst 7,2 Billionen Euro. Dieses Vermögen ist hochkonzentriert. Das reichste Promille - etwa 70000 Personen - besitzt davon 23 Prozent oder 1600 Milliarden Euro. Das reichste Prozent sitzt auf 2600 Milliarden Euro. Zwischen Garmisch-Partenkirchen und Sylt leben heute 830000 Millionäre. Kurzum: Heute haben so wenige so viel, dass eine Vermögensabgabe mehr ist als reine Symbolik.

Während der Reichtum wächst, steigt die öffentliche Armut. Die Schulden summieren sich auf über zwei Billionen Euro. Städte und Gemeinden fehlt das Geld für Kitas, Schulen, Theater und Jugendzentren.

Privater Reichtum und öffentliche Armut sind zwei Seiten derselben Medaille. Schulden spiegeln immer Vermögen wieder. Im letzten Jahrzehnt mehrten die Reichen ihr Vermögen auf Kosten der Allgemeinheit. Daran trägt die Politik große Mitschuld.

In der Finanzmarktkrise rettete der Staat die Banken und Unternehmen.

Milliardenschwere Finanzhilfen und Bürgschaften schützten die Vermögenden vor Verlusten. Große Vermögen mit Aktien-, Bank- und Staatsanleihen profitierten besonders. Heute haben die Vermögenden die Krise hinter sich. Die Geldvermögen sind höher als vor der Krise. Nur die Schulden sind noch da. Wirtschaftskrise und Rettungseinsatz hinterließen 400 Milliarden Euro neue Schulden. Drei Viertel davon wurden allein durch Hypo Real Estate, Commerzbank und Co. verursacht.

Darüber hinaus machte die Schröder- und Merkel-Regierung den Reichen üppige Geschenke. Für Spitzenverdiener, Unternehmer, Vermögende und Erben gab es mehr Netto vom Brutto. Topverdiener zahlen heute effektiv 30 Prozent, Kapitalbesitzer 25 Prozent und die Dax-Konzerne nur noch 24 Prozent Steuern. Die Gewinnsteuern machen weniger als ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens aus. Dass das reichste Zehntel der Steuerpflichtigen über die Hälfte der Einkommenssteuer zahlt, ist hierzu kein Widerspruch. Ihm gehören schließlich auch zwei Fünftel des zu versteuernden Einkommens.

Die niedrigeren Steuern zündeten kein Investitionsfeuerwerk. Trotz höherer Nettogewinne blieb die Investitionsquote historisch niedrig. Die Betriebe häuften lieber Geldvermögen an. Die kumulierten Steuerausfälle rissen ein 380 Milliarden Euro großes Loch in den Staatshaushalt.

Doch damit nicht genug: Die sogenannten Arbeitsmarktreformen lösten eine chronische Lohnschwäche aus. Niedriglöhne, Leiharbeit und Minijobs drückten das allgemeine Lohnniveau. Dank Lohnflaute kletterten die Gewinne. Die milliardenschweren Einnahmenausfälle in den Steuer- und Sicherungssystemen vergrößerten die öffentliche Armut.

Die neuen Schulden wurden also nicht durch prassende Kassenwarte verursacht. Die realen Staatsausgaben sind vor der Krise sogar gesunken. Der Schuldenanstieg resultierte allein aus

politischer Reichtumpflege und den Folgen der Finanzmarktkrise.

Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage. Um die Reichen an den Krisenkosten zu beteiligen, brauchen wir eine einmalige Vermögensabgabe. Vorbild ist der Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg. Da der Staat krisenbedingt einen besonderen Finanzbedarf hat, ist die Abgabe auch verfassungsgemäß.

Die neue Abgabe soll nur Reiche treffen. Wirklich reich ist, wer netto mehr als eine Million Euro hat. Der Steuertarif sollte progressiv verlaufen - 10 Prozent ab einer Million, 20 ab 10 Millionen und 30 Prozent ab 100 Millionen. Die Steuerlast wird auf 10 Jahre gestreckt. Bei Betriebsvermögen werden die Eigentümer und nicht die Betriebe besteuert.

Mit der Millionärsabgabe lässt sich aufgrund der starken Vermögenskonzentration ein Aufkommen von insgesamt über 250 Milliarden Euro erzielen. Mit den Einnahmen könnten Schulden abgebaut und notwendige Bildungs-, Gesundheits- sowie Infrastrukturinvestitionen finanziert werden.

Die Millionärsabgabe verursacht keinen wirtschaftlichen Schaden. Aktuelle Investitionspläne trifft sie nicht, da nur Altvermögen besteuert wird. Der Konsum wird nicht abgewürgt, da Reiche viel sparen. Mittelständische Betriebe mit geringem Betriebsvermögen berührt die Abgabe nicht. Da die Abgabe rückwirkend erhoben wird, droht auch keine Kapitalflucht. Umzug oder Vermögensverlagerung sind zwecklos.

Eine Millionärsabgabe löst nicht alle Schulden- und Verteilungsprobleme. Die Abgabe ersetzt weder eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt noch eine gute Tarifpolitik, noch eine gerechte Steuerpolitik. Sie ist aber ein erster Schritt, um Eigentum wieder sozial zu verpflichten.

© 2012 PMG Presse-Monitor GmbH

DIERK HIRSCHELDierk Hirschel ist Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Vorstand der Gewerkschaft ver.di